

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Sandro Kappe (CDU) vom 28.10.22

und Antwort des Senats

Betr.: Beschäftigte im öffentlichen Dienst: Überstunden, Kooperationsgespräche und Überlastungsanzeigen

Einleitung für die Fragen:

Immer mehr Beschäftigte, Hinweisen zufolge insbesondere der Senatskanzlei, leiden über eine hohe Anzahl von Überstunden. Ein Abbau ist kaum möglich. Hier muss zwingend gegengesteuert werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

Einleitung für die Antworten:

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist eine gute und verlässliche Dienstherrin beziehungsweise Arbeitgeberin für ihre Beschäftigten. Der Senat verfolgt eine nachhaltige Personalstrategie, um im Spannungsfeld zwischen finanz- und personalpolitischen Aspekten auch in Zeiten des demografischen Wandels und anhaltenden Wettbewerbs um qualifizierte Fachkräfte einen leistungsstarken öffentlichen Dienst für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zu gewährleisten. Zentrale Eckpfeiler dieser nachhaltigen Personalstrategie sind insbesondere eine erhebliche Ausweitung der Ausbildung von Nachwuchskräften seit 2011 (siehe Drs. 22/8840, Personalbericht 2022, Seite 29), die Einrichtung neuer Studiengänge (Soziale Arbeit, eGovernment), die Umsetzung von Fachkräftestrategien (Ärztinnen und Ärzte, technische Dienste, IT; vergleiche Drs. 22/8840, Personalbericht 2022, Seite 25), die Intensivierung der Fachkräftebindung und die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung einschließlich der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeitszeiten und -orten (zum Beispiel über die Vereinbarung nach § 93 des Hamburgischen Personalvertretungsgesetzes zu „Dienst an einem anderen Ort“). Über den einzuhaltenden Arbeitsschutz hinaus kommt dabei im Rahmen der Fürsorge für die Beschäftigten dem Schutz vor Überforderungen und gegebenenfalls nachteiligen gesundheitlichen Auswirkungen eine hohe Bedeutung zu. Auch dies wird von den Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg gewährleistet und über regelmäßige Gefährdungsbeurteilungen nachgehalten. Dennoch lassen sich schwierige Arbeitssituationen und Belastungsspitzen nicht ausschließen. Insbesondere in krisenhaften Lagen wie beispielsweise der Corona-Pandemie oder bei dringlichen Aufträgen kann von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erwartet werden, dass sie ihre Arbeitskraft auch über die sonst üblichen Arbeitszeiten hinaus zur Verfügung stellen (§ 61 Absatz 3 des Hamburgischen Beamtengesetzes, § 6 Absatz 5 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder). In solchen Fällen gehört es zur Aufgabe der Dienststellen und ihrer Führungskräfte, die Ursachen zu analysieren, mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen und die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

Der Senat berichtet der Bürgerschaft im jährlichen Personalbericht (zuletzt Drs. 22/8840) ausführlich über die Personalstrukturen und die Weiterentwicklung der zentralen strategischen Handlungsfelder der Personalarbeit. Auf die darin enthaltenen Aussagen wird verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Drs. 22/941, 22/5462, 22/8770 (jeweils zu Überlastungsanzeigen), die Drs. 22/9139 (Krankheitstage in der Hamburger

Verwaltung) sowie die Drs. 22/5987 und 22/7486 (jeweils zu Erst- und Brandschutzhel-fenden) verwiesen.

Die erfragten Angaben zu den Fragen 1 bis 3, 7 und 10 bis 13 sowie Teile der Angaben zu den Fragen 6 und 17 werden nicht zentral erfasst und basieren auf einer Abfrage bei allen Behörden und Ämtern (einschließlich der diesen zugeordneten Landesbetrieben).

Aufgeführt sind zu den einzelnen Antworten jeweils nur die Behörden, Ämter und Lan-desbetriebe, die für den abgefragten Zeitraum Angaben gemacht haben.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

Frage 1: *Wie viele Überlastungsanzeigen wurden bislang im Jahr 2022, auf-geschlüsselt nach Behörden und Bezirksämtern, abgegeben?*

Antwort zu Frage 1:

Siehe Anlage 1.

Frage 2: *Welche fünf Bereiche weisen gerechnet auf 100 Beschäftigte aus jeweils welchen Gründen die meisten Überlastungsanzeigen in jeweils welcher Höhe bislang im Jahr 2022 auf?*

Antwort zu Frage 2:

Siehe Anlage 2.

Frage 3: *Welche Maßnahmen haben die einzelnen Behörden und Bezirksäm-ter eingeleitet, um ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen?*

Antwort zu Frage 3:

Siehe Anlage 3.

Frage 4: *Wie viele Überstunden weisen die jeweiligen Behörden und Bezirks-ämter aktuell insgesamt auf?*

Frage 5: *Wie viele Überstunden weisen die jeweiligen Behörden und Bezirks-ämter pro 100 Beschäftigte auf?*

Antwort zu Fragen 4 und 5:

Siehe Anlage 4.

Es wird nicht formal auf angeordnete Überstunden (§ 7 Absatz 7 TV-L) beziehungs-weise Mehrarbeit (§ 61 Absatz 3 HmbBG) abgestellt, sondern auf die Gleitzeitkonten der Beschäftigten gemäß der Vereinbarung nach § 94 HmbPersVG (a.F.) zur Neurege-lung der Gleitzeit vom 23. März 2010. Danach sind die Beschäftigten gehalten, ihr Zeit-konto grundsätzlich zwischen 40 Minus- und 80 Plusstunden eigenverantwortlich unter Beachtung der dienstlichen Belange zu steuern. Erfasst sind insoweit die Behörden, Ämter und Landesbetriebe, die die elektronische Zeiterfassung (eZeit) nutzen. In diesen Bereichen werden auch angeordnete Überstunden und Mehrarbeit bis zu ihrem Aus-gleich über eZeit abgebildet. Bei den ausgewiesenen Daten handelt es sich um eine Sonderauswertung aus eZeit, die in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht qualitätsgesichert werden konnte. Soweit Organisationseinheiten fehlen, war eine Aus-wertung der Zeitkontenguthaben in der für die Beantwortung dieser Parlamentarischen Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich, da in diesen Bereichen eZeit nicht genutzt wird und eine händische Auswertung der Stundennachweise erforderlich gewe-sen wäre.

Frage 6: *Welche fünf Bereiche weisen gerechnet auf 100 Beschäftigte aus jeweils welchen Gründen die meisten Überstunden auf?*

Antwort zu Frage 6:

Tabelle 1

| Organisations-einheit* | Zeitkon-tensaldo je 100 Beschäf-tigte | Gründe |
|---|---------------------------------------|--|
| Senatskanzlei | 6.884,60 | Aufgrund der besonderen Lage während der Corona-Pandemie über einen Zeitraum von mehr als zwei Jahren war die Arbeitsbelastung in mehreren Ämtern der Senatskanzlei außerordentlich hoch. Dies führte zu einer großen Anzahl an Plusstunden auf den Arbeitszeitkonten, die nun sukzessive reduziert werden. |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Untersuchungshaftan-stalt | 6.011,08 | Die Untersuchungshaftanstalt hat als zentrale Dienstleisterin für die hamburgischen Anstalten und Gerichte insbesondere im Bereich der Vor-führungen Mehrstundenvolumen aufgebaut. |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | 6.373,93 | Insbesondere im Bereich der Klima- und Energie-politik sind in erheblichem Maße zusätzliche Auf-gaben und Herausforderungen hinzugekommen. |
| Behörde für Wirtschaft und Innovation | 6.481,81 | Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sind zusätzliche Herausforderungen entstanden (insbesondere bei der Abwicklung der Corona-Wirtschaftshilfen); exponierte Projekte in den Fel-dern Wirtschaft und Innovation treten hinzu. |
| Behörde für Inneres und Sport - Amt A | 6.055,89 | Das Amt A ist eine Dienststelle, in der differen-zierte Aufgabenstellungen in enger zeitlicher Abfolge und hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Innere Sicherheit zu bewältigen sind. Diese Rahmenbedingungen führten in den vergange-nen Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Bewältigung aktueller Krisen (Flüchtlinge, Corona, Ukraine), in allen Abteilungen des Amtes A und den zusätzlich eingerichteten Krisenstäben zu einem hohen Stundenaufwuchs, der sich zum Teil weiter fortsetzt bzw. noch nicht nachhaltig abgebaut werden konnte. |

Frage 7: *Welche Maßnahmen haben die einzelnen Bereiche der Behörden und Bezirksamter eingeleitet, damit Überstunden abgebaut werden?*

Antwort zu Frage 7:

Siehe vorstehenden Hinweis in der Antwort zu 4 und 5. Im Übrigen siehe Anlage 5 und ergänzend Anlage 3.

Frage 8: *Wie viele Überstunden dürfen die Beschäftigten in das nächste Jahr übernehmen?*

Frage 9: *Wie achtet der Senat darauf, dass keine Kappung der Überstunden erfolgt?*

Antwort zu Fragen 8 und 9:

Es gibt insoweit grundsätzlich keine Kappungsgrenze oder Verfallregelung. Hierauf wurden die Dienststellen vom Personalamt mit Rundschreiben vom 04. Juni 2015 hin-gewiesen.

Frage 10: *Wie viel Prozent der Beschäftigten der einzelnen Behörden und Bezirksamter haben im Jahr 2022 ein Kooperationsgespräch ange-boten bekommen?*

Frage 11: *Wie viel Prozent der Beschäftigten der einzelnen Behörden und Bezirksamter haben im Jahr 2022 aus welchen Gründen kein Kooperationsgespräch angeboten bekommen und wie möchte der Senat garantieren, dass alle Beschäftigten ein Angebot erhalten?*

Frage 12: *Welche fünf Bereiche weisen gerechnet auf 100 Beschäftigte aus jeweils welchen Gründen den geringsten Anteil von geführten Kooperationsgesprächen auf?*

Antwort zu Fragen 10, 11 und 12:

Das im Sinne der Fragestellung relevante Instrument des Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächs genießt einen hohen Stellenwert. Die Führungskräfte sind angehalten, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jährlich ein Gesprächsangebot zu machen. Eine flächendeckende zentrale statistische Erfassung der Angebote, Annahmquoten und der Ablehnungsgründe erfolgt nicht.

Die Gesprächsangebote und Annahmquoten der Behörden und Ämter für 2022 können noch nicht angegeben werden, da bis zum Jahresende noch MAVG durchgeführt und die entsprechenden Rückmeldungen erst danach vollständig erfasst werden

Die Gründe, warum Gespräche teilweise nicht zustande gekommen sind, sind erfahrungsgemäß unter anderem längere Abwesenheiten der Führungskraft oder der Mitarbeitenden (zum Beispiel Erkrankungen, Elternzeit und anderes) oder unterjährige Wechsel von Beschäftigten oder Führungskräften.

Frage 13: *Welche Behörden weisen seit wann nicht ausreichend Brandschutzhelfer und Ersthelfer auf? Es ist anzugeben, wie viele Brandschutzhelfer und Ersthelfer in den jeweiligen Behörden/Bezirksämtern fehlen.*

Antwort zu Frage 13:

In der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz (Staatsanwaltschaften) fehlen durch Fluktuation in den letzten Monaten derzeit vier Ersthelfer. Die Nachbesetzungen sind veranlasst.

Frage 14: *Welche Maßnahmen plant der Senat, damit die Behörden ausreichend geschulte Ersthelfer und Brandschutzhelfer aufweisen?*

Frage 15: *Wann sollen nach Planung des Senats alle Behörden ausreichend Ersthelfer und Brandschutzhelfer aufweisen?*

Antwort zu Fragen 14 und 15:

Siehe Drs. 22/7486.

Frage 16: *Wie viele Krankheitstage weisen bislang im Jahr 2022 die jeweiligen Behörden und Bezirksamter auf? Bitte pro Behörde/Bezirksamt darstellen.*

Antwort zu Frage 16:

Siehe Anlage 6.

Frage 17: *Welche fünf Bereiche weisen gerechnet auf 100 Beschäftigte aus jeweils welchen Gründen die meisten Krankheitstage in jeweils welcher Höhe bislang im Jahr 2022 auf?*

Antwort zu Frage 17:

Wichtige Gründe für erhöhte krankheitsbedingte Ausfälle sind ein gehäuftes Auftreten von Corona- und anderen Atemwegsinfektionen, ein erhöhtes Durchschnittsalter der Belegschaft sowie kleine Einheiten, bei denen sich Langzeiterkrankungen statistisch besonders auswirken. Drei der fünf nachfolgend genannten Bereiche verfügen über weniger als 100 Beschäftigte, sodass eine Hochrechnung der Erkrankungen auf 100 Beschäftigte eine Anzahl an Krankheitstagen ergibt, die die tatsächliche Anzahl von Krankheitstagen übersteigt.

Tabelle 2

| Bereich | Krankheits- tage pro 100 Beschäf- tigte | Gründe |
|--|--|--|
| Bezirksamt Wandsbek Bürgerservice | 2.602,84 | Siehe Vorbemerkung zu dieser Tabelle. |
| Bezirksamt Bergedorf Bürgerservice | 2.640,23 | |
| Behörde für Wirtschaft und Innovation Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen | 2.606,36 | |
| Finanzbehörde Hamburgische Münze | 2.547,77 | Produktionsbetrieb mit körperlichen Tätigkeiten der Beschäftigten, im Übrigen siehe Vorbemerkung zu dieser Tabelle. |
| Finanzbehörde Landesbetrieb Gebäu- dereinigung Hamburg | 4.145,06 | Folge aus dem Rückkehrprozess der Beschäftigten des Landesbetriebs Gebäudereinigung Hamburg (LGH; vgl. Drs. 20/4636), im Übrigen siehe Vorbe- merkung zu dieser Tabelle. |

Frage 18: *Welche Maßnahmen haben die einzelnen Behörden und Bezirksamter eingeleitet, um ihrer Fürsorgepflicht hinsichtlich krankheitsbedingt zu hoher Fehlzeitenquoten nachzukommen?*

Antwort zu Frage 18:

Siehe Drs. 22/9139.

Anlage 1

| Behörde/Amt/Landesbetrieb | Anzahl Überlastungsanzeigen im Zeitraum 01.01.2022 – 28.10.2022 |
|---|--|
| Senatskanzlei | 1 |
| Landesbetrieb ZAF/AMD | 1 |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | 138 (davon 91 von einer einzelnen Person) |
| Behörde für Schule und Berufsbildung | 4 |
| Behörde für Kultur und Medien | 3 |
| Sozialbehörde einschließlich Landesbetrieb Erziehung und Beratung | 68 |
| Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke | 3 |
| Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen | 16 |
| Behörde für Verkehr und Mobilitätswende Landesbetrieb Straßen, Brücken Gewässer | 3 |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | 8 |
| Institut für Hygiene und Umwelt | 4 |
| Behörde für Inneres und Sport | 21 |
| Finanzbehörde (Steuerverwaltung) | 3 |
| Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen | 7 |
| Schulbau Hamburg | 2 |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte | 88 |
| Bezirksamt Altona | 26 |
| Bezirksamt Eimsbüttel | 2 |
| Bezirksamt Hamburg-Nord | 26 |
| Bezirksamt Wandsbek | 37 |
| Bezirksamt Bergedorf | 1 |
| Bezirksamt Harburg | 14 |

Anlage 2

| Bereich | Anzahl Überlastungsanzeigen pro 100 Beschäftigte im Zeitraum 01.01.– 28.10.2022 | Gründe |
|--|---|---|
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Ambulanzen Justizvollzugsanstalten | 30 | <ul style="list-style-type: none"> - Stellenvakanzen - erhöhtes Arbeitsaufkommen durch die Betreuung der Quarantänestationen - erhöhtes Arbeitsaufkommen bei der Medikamentenausgabe und BTM-Abfüllung |
| Sozialbehörde Landesbetrieb Erziehung und Beratung, LEB 3 – Kinder- und Jugendnotdienst | 39 | <ul style="list-style-type: none"> - Ungeplanter Personalausfall - krankheitsbedingte Personalausfälle - erhöhtes Arbeitsaufkommen (Flüchtlinge) |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte Fachamt Personalservice | 30 | Hauptsächlich durch die Corona-Pandemie bedingtes erhöhtes Arbeitsaufkommen (Einstellungen und Weiterbeschäftigung von Personal). Wurde vom BA zugeliefert und hier ergänzt. |
| Bezirksamt Wandsbek Eingliederungshilfe (umfasst leistungsrechtliche und sozialpäd. Dienste) | 100 | <ul style="list-style-type: none"> - Stellenvakanzen - krankheitsbedingte Personalausfälle - sieben Einzelanzeigen, eine Sammelanzeige für alle Beschäftigten des Bereichs |
| Bezirksamt Wandsbek Grundsicherung | 100 | Es handelt sich um drei strukturelle Überlastungsanzeigen für die jeweilige gesamte Abteilung (Wohngeldmitarbeiter usw.) |

| Behörde/Amt/Landesbetrieb | Maßnahmen |
|---|---|
| Senatskanzlei | <ul style="list-style-type: none"> - Umverteilung und Priorisierung von Aufgaben - Umsteuerung von Personal - Bearbeitung von Schnittstellen |
| Landesbetrieb ZAF/AMD | <ul style="list-style-type: none"> - Projekt zur Neustrukturierung der Tätigkeiten - Fürsorgegespräche mit und ohne PR Beteiligung, Information in den Teams zu den angesprochenen Punkten und Lösungsvorschlägen |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | <ul style="list-style-type: none"> - Schnellstmögliche Nachbesetzung vakanter Stellen - Umsteuerung von Personal, Anpassung von Dienstplänen - Umstrukturierung des Arbeitsbereichs - Umverteilung von Aufgaben - Temporäre personelle Verstärkung durch weitergehende Unterstützung bei der Einarbeitung neuer Kolleginnen und Kollegen - Temporäre Unterstützungskräfte - Einschränkung von Telefon- und Publikumszeiten - Anmeldung von Mehrbedarfen für Ausführungen - Gesprächsangebote - Besprechung der gesundheitlichen Situation mit den Betroffenen |
| Behörde für Schule und Berufsbildung einschließlich Hamburger Institut für Berufliche Bildung und Hamburger Volkshochschule | <ul style="list-style-type: none"> - Priorisierung von Aufgaben, Streckung der Einarbeitung in weitere Themenfelder - Priorisierung von Stellennachbesetzungen - Personelle (temporäre) Verstärkung im Aufgabengebiet - Aufgabenumverteilung und Reorganisation zur Teilung sehr großer Einheiten - Aufgabenkritik |
| Behörde für Kultur und Medien | <ul style="list-style-type: none"> - Gesprächsangebote - Organisationsuntersuchung - Aufgabenkritik/ Umverteilung und/oder Priorisierung von Aufgaben |
| Sozialbehörde einschließlich Landesbetrieb für Erziehung und Beratung | <ul style="list-style-type: none"> - Einleitung eines Verfahrens für eine Organisationsanalyse der Abteilung - Personelle Verstärkung (auch temporär) - Prozessoptimierung innerhalb der Abteilung - Gesprächsangebote - Kooperation mit der Hamburger Arbeit zu einem Angebot von Beratung und Coaching für die Beschäftigten - Angebot der Supervision - Begrenzung der Fälle - Einstellung Sprach- und Kulturvermittler - Personelle Aufstockung - temporäre Unterstützung - Unterstützung aus anderen Fachbereichen geprüft |
| Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke | <ul style="list-style-type: none"> - Temporäre personelle Verstärkung - schnellstmögliche Nachbesetzung vakanter Stellen - Änderungen in der Arbeitsorganisation - Priorisierung von Aufgaben (wo möglich) - Erarbeitung einer Toolbox für Führungskräfte um Überlast entgegenzuwirken (Identifikation von Handlungsfeldern und -möglichkeiten) |
| Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen | <ul style="list-style-type: none"> - Umschichten von Aufgaben, Priorisierungen, Besetzung vakanter Stellen - Gespräche der Betroffenen mit Vorgesetzten und - Aufgabenplanung: sofern möglich in Verbindung mit Aufgabenkritik bzw. Priorisierung von Aufgaben. |

| | |
|---|--|
| | <ul style="list-style-type: none"> - Personelle Verstärkung im Aufgabengebiet beispielsweise durch Nachbesetzung von Vakanzen und temporäre Unterstützung |
| Behörde für Verkehr und Mobilitätswende Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer | <ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenkritik/ Aufgabenverlagerung - Teamentwicklung zur Optimierung von Arbeitsprozessen - Nachbesetzung unbesetzter Stellen |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> - Prioritätensetzung, zeitliche Rückstellung von Aufgaben - Umverteilung von Arbeit und Aufgaben - Umorganisation der Aufgabenwahrnehmung im betroffenen Bereich und neue Vertretungsregelung |
| Institut für Hygiene und Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> - Prioritätensetzung bei Aufgabenerledigung - organisatorische Maßnahmen - prioritäre Betreuung der Nachbesetzungsverfahren freier Stellen |
| Behörde für Inneres und Sport | <ul style="list-style-type: none"> - Personalumsetzungen - temporäre Unterstützung mit Personal aus anderen Arbeitsbereichen - Einsatz von Nachwuchskräften - regelmäßige Personalgespräche - Aussetzen von Hospitationen und Einleitung interner Personalentwicklungsmaßnahmen, Fortbildungsmaßnahmen - Personalbedarfsbemessung - Schaffung neuer Stellen - Prozessoptimierungen und Digitalisierung - Veränderungen/Umverteilung von Aufgaben und Vorgängen - veränderte Setzung von Prioritäten - Steigerung von geeigneten Rückstellungen - Einrichtung eines IT-basierten Monitorings zur Erkennung von Belastungsspitzen, um frühzeitig Maßnahmen ergreifen zu können |
| Finanzbehörde | <ul style="list-style-type: none"> - Gespräche auf unterschiedlichen Personalebene - Veränderungen im Aufgabenzuschnitt - personelle Unterstützung (temporär und durch Schaffung neuer Stellen) |
| Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen | <ul style="list-style-type: none"> - Abbau von Vakanzen. - Anpassung der Priorisierung sowie temporär bereichsübergreifende Anpassung in der Personaleinsatzplanung um Belastungen auszugleichen und Arbeitsabläufe zu optimieren. - Verstärkter Einsatz von studierenden Angestellten - Übernahme von Aufgaben durch Mitarbeitende anderer Referate |
| Landesbetrieb Schulbau Hamburg | <ul style="list-style-type: none"> - Synergien und Effizienzgewinne durch Bildung von Tandems als Standortteams - weitere bevorstehende Strukturveränderungen u. a. zur Entlastung des Objektmanagements Personalgespräche - Prioritätensetzung - Umverteilung der Arbeit - sofern Abhilfe nicht möglich: Einbindung der Hierarchie, des Personalrats, der Personalabteilung - Beratung der Führungskräfte zu Vorgehensweise im Fall von Überlastungsanzeigen durch die Personalabteilung, umgehende Ausschreibung und möglichst zeitnahe Nachbesetzung vakanter Stellen. - Durchführung strukturierter Austrittsinterviews, um Austrittsgründe zu eruieren. |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte | <ul style="list-style-type: none"> - Personalgespräche und Finden individueller Lösungen - Aufgabenpriorisierung und -verlagerung |

| | |
|--------------------------------|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> - beschleunigte Stellenbesetzungsverfahren, temporäre Stellebesetzung - Einführung eines Terminmanagements |
| Bezirksamt Altona | <ul style="list-style-type: none"> - Prioritätensetzung - Aufgabenkritik - schnellere Nachbesetzung von vakanten Stellen - Umorganisation von Arbeitsbereichen - Gespräche mit Vorgesetzten und Beschäftigten |
| Bezirksamt Eimsbüttel | <ul style="list-style-type: none"> - Innerorganisatorische Maßnahmen (Fallverteilung, Vertretungsregelungen) zur Stabilisierung |
| Bezirksamt Hamburg-Nord | <ul style="list-style-type: none"> - Verteilung der Arbeit über Abteilungsgrenzen hinweg - Überlappende Nachbesetzung mit Stabilisierungsvereinbarung - Prozessoptimierungen - Priorisierung von Aufgaben - Zurückstellen von Dokumentationsaufgaben - Ermöglichen flexibler Arbeitsformen - Verbessern der technischen und/oder räumlichen Ausstattung - Feststellen und Beantragen von Personalressourcenbedarfen - Zurückstellen konzeptionell-strategischen Themen zugunsten der operativen Aufgabenwahrnehmung - Durchführung von persönlichen Coachings - Umstrukturierungen |
| Bezirksamt Wandsbek | <ul style="list-style-type: none"> - Gespräch mit den Bereichen - begrenzte Aufgabenkritik, Aufgabenpriorisierung, Umverteilung, kleinteilige Prozessoptimierungen - Schließen der Vakanzen, Umsetzungen - Weitreichende Entlastungsmaßnahmen durch organisatorische Änderungen, vereinfachtes Abrechnungsverfahren - Einstellung von Hilfs- und Unterstützungskräften zur Aktenanlage und Aktenablage und weiterer Unterstützung - Einrichtung Modellprojekt zur verwaltungsmäßigen Unterstützung des Fallmanagement - Zusammenarbeit bzw. Erarbeitung gemeinsamer Unterstützungsmaßnahmen mit Task Force der Sozialbehörde zur Stabilisierung und Unterstützung EH |
| Bezirksamt Bergedorf | <ul style="list-style-type: none"> - Besetzung offener Stellen - Fallumverteilungen - Priorisierung der Aufgaben |
| Bezirksamt Harburg | <ul style="list-style-type: none"> - Prioritätensetzung - Auslagerung von Aufgaben - Veränderung von Aufgabenzuschnitten - beschleunigte und/oder überlappende Stellenbestzungen - Temporäre personelle Unterstützung - Maßnahmen der betrieblichen Gesundheitsförderung für Beschäftigte: Gesundheitstag, monatliche Veranstaltungen/Vorträge zu den Themen Gesundheit/Entspannung/Stressabbau sowie Einrichtung einer Software für regelmäßige Bewegungsunterbrechungen am Arbeitsplatz |

Anlage 4

| Organisationseinheit* | Zeitkontensaldo** | Zeitkontensaldo** je 100 Beschäftigte |
|--|-------------------|---------------------------------------|
| Bürgerschaftskanzlei | 3.928,40 | 2.953,68 |
| Rechnungshof | 3.670,43 | 2.698,85 |
| Hamburgischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit | 1.383,17 | 3.006,88 |
| Senatskanzlei | 23.201,12 | 6.884,60 |
| Rathauservice | 595,10 | 1.451,46 |
| Personalamt | 12.598,73 | 5.361,16 |
| Zentrum für Aus- und Fortbildung, Arbeitsmedizinischer Dienst | 4.362,07 | 2.814,24 |
| Zentrum für Personaldienste | 15.050,97 | 3.359,59 |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte | 54.936,40 | 3.287,64 |
| Bezirksamt Altona | 43.650,45 | 3.018,70 |
| Bezirksamt Eimsbüttel | 27.996,65 | 2.384,72 |
| Bezirksamt Hamburg-Nord | 32.493,05 | 2.245,55 |
| Bezirksamt Wandsbek | 50.967,08 | 2.561,16 |
| Bezirksamt Bergedorf | 27.032,48 | 3.547,57 |
| Bezirksamt Harburg | 24.844,27 | 2.514,60 |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | 19.356,73 | 4.554,53 |
| Amtsgerichte | 20.401,52 | 1.212,93 |
| Arbeitsgericht | 1.390,02 | 1.275,24 |
| Staatsanwaltschaft | 10.925,43 | 1.498,69 |
| Behörde für Schule und Berufsausbildung | 62.109,97 | 5.254,65 |
| Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke | 16.912,78 | 4.818,46 |
| Behörde für Kultur und Medien | 14.692,50 | 4.770,29 |
| Planetarium | 298,85 | 4.269,29 |
| Sozialbehörde | 40.157,02 | 1.962,71 |
| Landesbetrieb Erziehung und Beratung | 1.365,00 | 414,89 |
| Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen | 29.337,45 | 4.035,41 |
| Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung | 12.187,48 | 3.024,19 |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | 49.844,15 | 6.373,93 |
| Institut für Hygiene und Umwelt | 11.305,47 | 3.072,14 |
| Behörde für Wirtschaft und Innovation | 26.186,50 | 6.481,81 |
| Behörde für Verkehr und Mobilitätswende | 15.309,18 | 5.546,81 |

| | | |
|--|-----------|----------|
| Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer | 18.359,33 | 2.807,24 |
| Landesbetrieb Verkehr | 15.524,73 | 3.056,05 |
| Behörde für Inneres und Sport - Amt A | 18.409,90 | 6.055,89 |
| Behörde für Inneres und Sport - Amt für Migration | 24.188,78 | 4.004,77 |
| Finanzbehörde - Kern | 21.464,15 | 4.707,05 |
| Finanzbehörde - Steuerverwaltung | 96.283,05 | 2.084,50 |
| Schulbau Hamburg | 26.729,23 | 1.968,28 |
| Kasse.Hamburg | 11.198,80 | 2.641,23 |
| Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen | 9.227,62 | 3.469,03 |

* Die aufgeführten Untereinheiten (z.B. Landesbetrieb Verkehr) sind in den Obereinheiten (z.B. Behörde für Verkehr und Mobilitätswende) nicht enthalten.

** Quelle: eZeit, Datenstand: 31.10.2022. Nicht erfasst sind Beschäftigte, die keiner Zeiterfassung unterliegen oder nicht an eZeit teilnehmen (insbes. Lehrkräfte sowie Richterinnen und Richter).

Anlage 5

| Organisationseinheit *) | Maßnahmen |
|---|---|
| Senatskanzlei | - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| 1.1 Rathauservice | - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Personalamt | - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Zentrum für Aus- und Fortbildung, Arbeitsmedizinischer Dienst | - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte | - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Aufgabenpriorisierung - Schließung von Vakanzen - temporäre Stellenbesetzung - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Bezirksamt Altona | - Erarbeitung eines Planes zur Reduktion der Überstunden, - temporäre Unterstützungskräfte - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Bezirksamt Eimsbüttel | - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Bezirksamt Wandsbek | - Zeitausgleich oder Abgeltung. - Schließung von Vakanzen - gute Einarbeitung zur Reduzierung weiterer Überstunden, - Aufgabenpriorisierung, - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen, z.B. Zentralisierung der Neuantragsannahme und Bearbeitung - Stabilisierung und Ausweitung von Kompetenzen, Gesprächsführung mit Mitarbeitenden und Entwicklung von Reduzierungsmöglichkeiten von Überstunden, - interne, bedarfsgerechte Aufgabenumverteilung, - verschiedene Entlastungsmaßnahmen wie Einrichtung eines Service Centers zur Beantwortung externer telefonischer Anfragen; - temporäre Unterstützungskräfte |
| Bezirksamt Bergedorf | - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Vorgesetzte suchen nach Lösungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Verhältnisses von Arbeitsmenge und Arbeitszeit. - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Bezirksamt Harburg | - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Aufgabenpriorisierung - Auslagerung von Aufgaben, Veränderung von Aufgabenzuschnitten, |

| | |
|---|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> - temporäre Unterstützungskräfte - Schließung von Vakanzen - überlappende Stellenbesetzungen |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | <p>BJV (ohne Justizvollzug, Gerichte und Staatsanwaltschaften):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zeitausgleich oder Abgeltung. <p>Finanzgericht und Landessozialgericht/Sozialgericht:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schließung von Vakanzen <p>Justizvollzugsanstalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mit dem 1. April 2022 wurde durch die Abteilung Justizvollzug ein Mehrarbeitscontrolling für alle Justizvollzugsanstalten eingeführt. Ziel des Mehrarbeitscontrollings ist die gezieltere Identifikation von Hintergründen zum Aufbau von Mehrstunden und die Steuerung von Maßnahmen zum Abbau. - Die Untersuchungshaftanstalt als Anstalt mit dem höchsten Aufkommen wurde für den Zeitraum von sechs Monaten gezielt um sechs VZÄ mit der Maßgabe des Mehrstundenabbaus verstärkt. Mit Stand 4. Oktober 2022 konnten somit 4.595 Mehrstunden abgebaut werden. - In allen Anstalten werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt auf erhöhte Mehrarbeitsaufkommen angesprochen - Zeitausgleich oder Abgeltung |
| Amtsgerichte | <ul style="list-style-type: none"> - Abschluss von entsprechenden Dienstvereinbarungen zu Arbeits- und Funktionszeiten. |
| Staatsanwaltschaft | <ul style="list-style-type: none"> - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Behörde für Schule und Berufsbildung (einschließlich Volkshochschule) | <ul style="list-style-type: none"> - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke | <p>Ursachenforschung und Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Aufgabenpriorisierung - Sensibilisierung aller Beteiligten - Kontaktaufnahme mit den Führungskräften bei bekannten betroffenen Bereichen durch die Personalabteilung, - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| Behörde für Kultur und Medien | <ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenkritik - Umverteilungen - Aufgabenpriorisierung; - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - temporäre Unterstützungskräfte - Schulungen zur Selbstorganisation, - Zeitausgleich oder Abgeltung. |
| Sozialbehörde (einschließlich Landesbetrieb Erziehung und Beratung) | <ul style="list-style-type: none"> - Schließung von Vakanzen - Temporäre Unterstützungskräfte |

| | |
|--|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenpriorisierung - Umverteilung von Aufgaben, Schaffung klarer Zuständigkeiten, - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Unterstützung durch Mobilität, - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Schulungen zur Selbstorganisation, - Nutzung von Ansparvereinbarungen, Überstundenauszahlung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, Freizeitausgleich, Stundenabbau am Stück zwischen Projekten |
| Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen | <ul style="list-style-type: none"> - Regelmäßige Kontrolle der Arbeitszeitcheckung auf große Zeitguthaben zum jeweiligen Monatsende. Im Nachgang dazu folgen im Zuge der Fürsorgepflicht ggf. konkretisierende personelle/organisatorische Maßnahmen zur Entlastung. - zügige Besetzung von freien Stellen, - Wegfall von temporären Sonderaufgaben, - Rückkehr von erkrankten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | <ul style="list-style-type: none"> - Es wird in Gesprächen zwischen Führungskraft und Mitarbeitenden vereinbart, wie der Ausgleich zügig erreicht werden kann, um den Saldo – möglichst innerhalb eines Monats – wieder unter 80 Plusstunden zu führen. - Sofern strukturelle Gründe in der Organisationseinheit als Ursache vorliegen, wird mit individuellen Maßnahmen strukturell gegengesteuert. - Daher erfolgt eine ständige Betrachtung der notwendigen Personalressourcen sowie eine Priorisierung von Aufgaben. |
| Institut für Hygiene und Umwelt | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Sofern strukturelle Gründe in der Organisationseinheit als Ursache vorliegen, wird mit individuellen Maßnahmen strukturell gegengesteuert. |
| Behörde für Wirtschaft und Innovation (einschließlich Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen) | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| Behörde für Verkehr und Mobilitätswende | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer | <ul style="list-style-type: none"> - Aufgabenkritik/ Aufgabenverlagerung - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Schließung von Vakanzen |
| Landesbetrieb Verkehr | <ul style="list-style-type: none"> - Zeitausgleich oder Abgeltung. |

| | |
|--|--|
| Behörde für Inneres und Sport - Amt A | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen - Umverteilung von Aufgaben - Zeitausgleich oder Abgeltung - individuelle Absprachen durch die unmittelbaren Vorgesetzten - temporäre Stellenaufstockung - Schließung Vakanzen - Personalaufbau in stark betroffenen Bereichen |
| Finanzbehörde – Kern | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| Finanzbehörde - Steuerverwaltung | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Im IT-Bereich im Amt 5 ist auf Grund der Aufgabenzuwächse und der aktuellen Arbeitsdichte ein Überstundenabbau nicht immer zeitnah möglich. Maßnahmen zur personellen Verstärkung („Go for IT“) sind beginnend mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 in Umsetzung. |
| Kasse.Hamburg | <ul style="list-style-type: none"> - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen, insbesondere im Zuge der Neuorganisation Kasse.Hamburg |
| Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen | <ul style="list-style-type: none"> - Zeitausgleich oder Abgeltung - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |
| Schulbau Hamburg | <ul style="list-style-type: none"> - Schließung von Vakanzen - überlappende Stellenbesetzungen - Prüfung und Realisierung von Effizienzsteigerungen, insbesondere im Zuge der Neuorganisation Kasse.Hamburg, insbesondere wurde die Stabstelle Digitalisierung und Prozessmanagement eingesetzt, um die Digitalisierung voranzutreiben. - Prüfung der Möglichkeiten zum Abbau von Plus-einheiten, ggf. bilaterale Erörterungen und Absprachen zwischen Beschäftigten und Führungskräften |

*) Organisationseinheiten, die in dieser Auflistung fehlen, haben innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit keine Meldung abgegeben bzw. es konnte innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit keine Ursache belastbar ermittelt werden.

Krankheitsbedingte Fehlzeiten in Tagen vom 01.01.2022 bis zum 31.08.2022:

| Behörde, Senatsamt, Bezirksamt | Fehlzeiten (Tage) |
|--|--------------------------|
| Bürgerschaft | 1.172 |
| Rechnungshof | 1.250 |
| Datenschutz und Informationsfreiheit | 425 |
| Senat und Personalamt | 19.746 |
| Bezirksamt Hamburg-Mitte | 33.212 |
| Bezirksamt Altona | 27.145 |
| Bezirksamt Eimsbüttel | 18.956 |
| Bezirksamt Hamburg-Nord | 22.860 |
| Bezirksamt Wandsbek | 39.609 |
| Bezirksamt Bergedorf | 12.448 |
| Bezirksamt Harburg | 17.237 |
| Behörde für Justiz und Verbraucherschutz | 99.185 |
| Behörde für Schule und Berufsbildung | 93.764 |
| Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke | 7.913 |
| Behörde für Kultur und Medien | 3.054 |
| Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales, Familie und Integration | 58.124 |
| Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen | 12.214 |
| Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft | 14.180 |
| Behörde für Wirtschaft und Innovation | 4.807 |
| Behörde für Verkehr und Mobilitätswende | 24.211 |
| Behörde für Inneres und Sport | 271.641 |
| Finanzbehörde | 106.614 |